

Pressemitteilung zum 1.Mai 2009

In Stadt und Land und Staat – Kein Nazi in den Rat! Mit dieser Forderung beteiligt sich die Friedensgruppe Lüdenscheid an der diesjährigen Maikundgebung des DGB auf dem Rathausplatz.



Am 1. Mai 1933, drei Monate nach der Ernennung Hitlers durch den Reichspräsidenten zum Reichskanzler, stellte sich die Mehrheit der Lüdenscheider mit dem Hitlergruß für die auf dem Gewerkschaftshaus gehisste Hakenkreuzfahne hinter die „Nationale Bewegung“ (vgl. Foto)

Am nächsten Tag zerschlugen NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) und Nationalsozialisten die freien und die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland. SA und SS drangen auch in das Lüdenscheider Gewerkschaftshaus ein, beschlagnahmten alles und inhaftierten die führenden Kräfte. Der größte Teil der im Jahr 1933 in Lüdenscheid inhaftierten 200 politischen Gefangenen wurde im März und Mai verhaftet.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die die nationalsozialistische Form der Arbeitervertretung wurde, beschlagnahmte das Vermögen der freien Gewerkschaften. Die Ziele der DAF waren die Unterordnung der Arbeiter unter die Interessen des Nationalsozialismus und der Unternehmer. Hierfür erhielten die Arbeiter Freizeitangebote, Reisen und später die Hoffnung auf einen Volkswagen.

Durch die damalige Wirtschaftskrise wurde der Zuspruch und Zulauf zu den Nationalsozialisten gefördert. Auch die jetzige Wirtschaftskrise wollen sich Neonazis (bspw. Kampagne der NPD „Sozial geht nur national!“) zu Nutzen machen, und dies nicht ohne Erfolg. So dokumentiert der aktuelle Verfassungsschutzbericht NRW eine weitere Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten und insbesondere Gewaltdelikte. Es sei eine zunehmende Radikalisierung der Szene festzustellen.



Im so genannten Superwahljahr werden verschiedene rechtsextremistische bzw. neofaschistische Organisationen antreten, um Mandate in unseren Parlamenten und Vertretungen zu erlangen. In Lüdenscheid und im Märkischen Kreis wird u.a. die NPD zu den Kommunalwahlen antreten. Dem stellt sich die Friedensgruppe Lüdenscheid mit ihrer Forderung **In Stadt und Land und Staat – Kein Nazi in den Rat!** entgegen.

Mit einer Kampagne, die von einem breiten Unterstützerkreis getragen werden soll, werden die Wähler aufgefordert, bei den kommenden Wahlen diesen Gesinnungsnachfahren der Nationalsozialisten die Rote Karte zu zeigen.

Alle, die Ihre Unterstützung dokumentieren wollen, sind aufgefordert und eingeladen am 1. Mai ab 10 Uhr am Demonstrationszug vom Lüdenscheider Kreishaus teilzunehmen oder ab 11 Uhr zum Infostand der Friedensgruppe auf den Rathausplatz zu kommen.

Martin Sander
Bernd Benschmidt
Matthias Wagner
Friedensgruppe Lüdenscheid